

hat, ist eigentlich eine sehr weitgehende Sachfrage. Aber darauf würde ich kurz versuchen zu antworten. Das Ganze, was in den Gruppen gedacht und gemacht wurde, von der Kirche von unten, von den sozialetischen Gruppen und von der offenen Arbeit, sind natürlich alternative Lebensformen gewesen. Man hat insgesamt nach alternativen Lebensformen jenseits dieser verordneten oder in der DDR gewachsenen vorfindlichen Lebensformen Ausschau gehalten.

Die Goßnersche Mission hat es in der DDR auch gegeben. Die Studentenbewegung von 1968 hat zweifellos auch eine Rolle gespielt, aber eine weit geringere als die Vorgänge in der Tschechoslowakei. Der Prager Frühling von 1967 an hat ganz viele Menschen in der DDR wirklich hoch motiviert und sehr bewegt. Die anderen Dinge sind auch wahrgenommen worden. Aber für unsere eigene Lebensbefindlichkeit oder für die Lebensbefindlichkeit vieler in den Gruppen, denke ich, spielt die CSSR 1968 eine zentrale Rolle.

Auf die Sache mit der Hierarchisierung würde ich ähnlich antworten wie Curt Stauss. Es hat da immer Gespräche gegeben, aber es hat auch immer Probleme im Dialog gegeben. Das zu verschleiern wäre einfach eine Unwahrheit, wäre einfach unsachgemäß.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Wir haben jetzt in den beiden sehr interessanten einleitenden Vorträgen einen generellen Überblick über das vorher apostrophierte Dreiecksverhältnis gehört. Es ist deutlich geworden, daß dieses Dreiecksverhältnis ausgesprochen differenziert zu betrachten ist, wir vermutlich sogar an manchen Stellen fließende Übergänge haben. Das Podium soll den Versuch machen, dieses Dreiecksverhältnis, dieses Verhältnis von Gruppen und Kirche untereinander, auszuschnücken. Uns ist dabei völlig klar gewesen, daß dies lediglich ein Versuch sein kann, die sehr reichhaltigen Beziehungen und sehr vielfältigen Arten und Ausprägungen von Gruppen und kirchlichen Ansätzen, die es gegeben hat, aufzuzeigen. Ich werde mich selbst sehr stark zurückhalten und den Vertretern neben mir, die sowohl als Vertreter von Gremien, aber auch als Einzelne eine Bedeutung haben, die Gelegenheit geben, selbst das zu sagen, was aus ihrer Erfahrung und aus den beiden einleitenden Vorträgen, die wir gehört haben, wichtig ist. Ich möchte mit Angelika Schön beginnen, mit ihrem kurzen Statement von fünf bis zehn Minuten.

Ein ganz kurzer organisatorischer Hinweis noch: Wir machen etwa eine Eingangsstatementsrunde für jeden einzelnen von fünf bis zehn Minuten. Es soll dann die Möglichkeit bestehen, hier innerhalb des Podiums, da sind auch Rudi Pahnke, der jetzt nicht hier ist, und Herr Stauss mit einbezogen, zu einem Gespräch zu kommen. Wir werden dann das Podium öffnen. Dann wird es auch noch die Nachfragen, die von Ihrer Seite an alle gemeinsam nötig sind, geben.

Abg. Meckel (SPD): Kann ich unterbrechen? Es wäre gut, wenn am Anfang eine kurze Vorstellung erfolgt, damit diese auch im Protokoll enthalten ist.

Angelika Schön: Ich heiße Angelika Schön und komme aus Weimar. Wenn mich jemand fragt, wie ich mich verstehen will, dann als Kirche von unten. Ich studiere inzwischen Theologie, und zwar seit September 1989. Das hat sehr viel mit dem zu tun, weswegen ich hierher eingeladen worden bin. Curt Stauss hat vorhin von den vielen Gruppen erzählt, die es 1988 gab. Es gab in den Jahren davor auch noch andere, die es 1988 überhaupt nicht mehr gab. All die Leute, die 1988 meinetwegen noch da waren – wo sind sie geblieben? Wenn ich hier sitze, dann sitze ich eigentlich nur deswegen hier und bin auch deswegen hergekommen, weil viele von meinen Freunden sich weder mit der Kirche noch in dieser Gesellschaft überhaupt zurechtfinden können. Das hat sowohl mit kirchenstrukturellen Gründen zu tun als auch mit der Staatssicherheit. Das hängt sehr oft nahe beieinander bzw. ist an vielen Stellen identisch gewesen. Darauf will ich jetzt aber nicht unbedingt zuerst eingehen, das können vielleicht die Fragen ergeben. Im Januar 1992, als wir innerhalb der offenen Arbeit ein bißchen resümiert haben, haben wir gesagt: „Die Kirche hat nichts gelernt aus den ganzen Jahren, in denen wir aktiv waren, obwohl der Öffentlichkeitsanspruch des Evangeliums nach wie vor gilt“, wie wir gestern hier gehört haben. „Wir alle sind verantwortlich“, haben wir immer gesagt, „für die Umgestaltung der Sachen, die uns nicht gefallen und die uns selber weh tun“, und wir haben uns unsere Verantwortlichkeit auch genommen. Wir mußten sie uns nehmen, weil sie uns weder von der Gesellschaft oder vom Staat noch von der Kirche zugestanden worden ist. Wir haben gefordert: Glasnost in Staat und Kirche. Und das hat für mich heute wieder eine neue Relevanz aus ein paar anderen Gründen, aber die meisten alten sind geblieben. Die Kirche hat in zwei entscheidenden Punkten nichts gelernt: Einmal hat sie nicht gemerkt, daß in den Gruppen Mündigkeit gewachsen war, die selbst Verantwortung übernehmen wollte, sondern hat immer wieder versucht, Fürsorge und Helfenwollen da auszuüben, wo eigentlich Leute schon mündig genug waren und selbst Verantwortung übernehmen wollten. Dadurch entstanden Frust und sehr viele Mißverständnisse, die es nicht hätte geben müssen. Außerdem gab es innerhalb der Gruppen, zumindest ab Anfang der achtziger Jahre, eine ziemlich heftige Grunddiskussion darüber, was einzelne in der Gruppe an Leitung übernehmen können und was nicht. Das hängt mit diesem basisdemokratischen Grundanspruch zusammen. Genau an dieser Stelle ergaben sich ziemlich viele Konflikte mit der Kirche, weil dort diese Grunddiskussion oft nicht verstanden wurde, aus dem alten Amtsverständnis heraus, das immer noch wach ist. Gruppen als Friedensgruppen, Ökogruppen – da kenne ich mich am besten aus – wollten politisches Korrektiv sein und gleichzeitig als Alternative zur Gesellschaft ein Stück von dem vorwegnehmen, wozu Christen „Reich Gottes“ sagen. Das hängt damit zusammen, daß die Verheißung des Reiches Gottes und der Zuspruch, daß es schon mitten unter uns ist, empfunden und angenommen wurden. Das befreite uns zum Infragestellen jeglicher vorfindlicher Ordnung,

und zwar sowohl in der Gesellschaft als auch im Staat und dann nicht zuletzt in der Kirche. Es kamen immer wieder die Begriffe „Opposition“ und „Bürgerrechtler“. Ich will der Ehrlichkeit halber sagen, daß wir uns damals sehr schwer damit getan haben, so bezeichnet zu werden, und zwar gerade weil wir uns als Leute verstanden haben, die deswegen aufgestanden sind, weil sie Nachfolge Jesu leben wollten, auch wenn das Nichtchristen nicht gleich so bezeichnen konnten. Daß das dann natürlich als Opposition politisch relevant ist, haben wir dann auch gemerkt. Ich habe es eigentlich erst richtig gemerkt, als ich 1989 aus Basel von der Ökumenischen Versammlung zurückkam und nun von außen ein Stückchen dessen gesehen hatte, was ich vorher nur von innen sehen konnte, weil ich nicht herauskam.

Es wurden vorhin die unterschiedlichen Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Gruppen und Kirche erwähnt. Drei Beispiele nur mit Schlagworten: In Erfurt gab es Partnerschaft zwischen regionalen Kirchenleitern und den Leuten, die in der offenen Arbeit waren. Man ging aufeinander zu, hörte einander zu und wollte sich nicht gegenseitig austricksen. Es war einfach nicht nötig. In Jena suchte der dortige Superintendent in den achtziger Jahren das Gespräch mit Gruppen, wenn Konflikte auftauchten. Er urteilte nicht über sie hinweg. Er sagte aber auch deutlich seine Meinung, wenn er Sachen nicht mit abdecken wollte. Aber er tat das nicht hinterrücks oder auf dem Rücken oder über die Köpfe der Leute hinweg. In Weimar gab es überhaupt keine Kommunikation. Das hängt unter anderem damit zusammen, daß in Weimar der Superintendent Stasispitzel war und noch ein paar andere Pfarrer in der Stadt auch. Es wurde also immer wieder ein bestimmtes Muster gefahren. Wenn es eine Gruppe gab, besonders die offene Arbeit, wurde sie ausgegrenzt, bekam keine Räume, war damit Freiwild für den Staat, und wenn sie dann verhaftet worden sind, wurde gesagt: Die bösen Leute, die sowieso keine richtigen Christen sind. Damit reicht es erst einmal.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Reinhard Weißhuhn ist ein Vertreter derer, die zur Oppositionsarbeit innerhalb der Kirche bewußt von außen her gekommen sind. Seine Arbeit ist nicht als eine Emanzipationsbewegung innerhalb der Kirche verständlich, sondern er hat schon sehr früh die Intention gehabt, hier in der DDR oppositionell zu arbeiten, allerdings mit der großen Schwierigkeit, dabei Partner zu finden. Wie ist das von Ihrem Erleben her?

Reinhard Weißhuhn: Ich bin Reinhard Weißhuhn. Ich bin hier für die „Initiative Frieden und Menschenrechte“. Ich bin nicht der einzige, es gibt noch einen anderen Gesprächspartner aus der Gruppe in dieser Runde hier. Die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ hat sich gegründet im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Friedenswerkstatt in Berlin Ende 1985. Ich möchte aber eigentlich gar nicht so viel über diese Gruppe erzählen, die sich als eine der ganz wenigen ausdrücklich als nichtkirchliche Gruppe verstanden hat, mit der Begründung von Bischof Leich,

daß die Kirche keine Opposition und keine Partei ist, das nicht sein will und auch nicht sein kann. Diesen Anspruch haben wir nun allerdings erhoben, und das ließ sich unserer Ansicht nach nicht mit der Kirche als Institution automatisch vereinbaren, schon gar nicht identifizieren. Das ist eines der Motive für diese erklärtermaßen nichtkirchliche Gruppe. Trotzdem hatten wir natürlich mit der Kirche sehr viel zu tun, bedurften ihrer auch, sind auch von ihr geschützt worden. Das aber liegt vor allem daran, daß die Kirche nicht nur ein Dach war und nicht nur eine stellvertretende Öffentlichkeitsfunktion hatte, sondern daß sie unter den Bedingungen in der DDR zwangsläufig und ohne ihr eigenes aktives Zutun die Funktion einer Ersatzgesellschaft bekam. Das, was in einer „normalen“ Gesellschaft pluralistisch geschieht und in der DDR nicht möglich war, konnte überhaupt nur im Rahmen der Kirche geschehen, und so bezog es sich zwangsläufig auf die Kirche. Das gilt für die Institution Kirche, das gilt für die Gemeindeglieder, das gilt in erster Linie aber für die Gruppen und ihre Mitglieder. Die waren ganz unabhängig davon, ob und in welcher Weise sie mit der Kirche und dem Christentum zu tun hatten oder auch nicht, trotzdem darauf angewiesen, alle ihre Aktivitäten, alle ihre Öffentlichkeitsversuche usw. im Rahmen der Kirche oder zumindest in der Nähe der Kirche zu unternehmen. Deswegen ist der Begriff „kirchliche Gruppen“ selbst schon schillernd, gar nicht zu reden von den Gruppen, die sich eben nicht unmittelbar als kirchlich verstanden haben. Meiner Ansicht nach ist dieser Zusammenhang weniger ein Ausdruck kirchlichen oder christlichen Widerstandes, er ist eher Ausdruck des Widerstandes in einer Gesellschaft, die keine Pluralität kennt, und in der Kirche diese Ersatzfunktion übernimmt. Ich denke, die Kirche hätte heute auch weniger Schwierigkeiten im Umgang mit sich selbst, mit ihrer vergangenen Beziehung zum DDR-Staat, mit ihrer gegenwärtigen Situation, die gestern von Ehrhart Neubert als Ergebnis einer weitgehenden Zerstörung beschrieben wurde, und mit jenem zwar nicht allzu großen, aber qualitativ immer zu großen Anteil von IM in ihren eigenen Reihen, wenn sie sich zumindest auf jene Gruppen positiv bezöge und zu ihnen bekannte, die innerhalb der Kirche auch tatsächlich kirchliche Opposition darstellten. Zwei Gruppen möchte ich nennen. Das ist einmal die „Kirche von unten“, Angelika Schön hat sie eben schon angesprochen, und last not least die „Solidarische Kirche“. Die Solidarische Kirche verstand sich selbst als eine Quasiopposition nicht nur zum Staat, sondern auch zur Amtskirche und ist hier überhaupt nicht thematisiert, geschweige denn anwesend, jedenfalls bisher nicht erkennbar. Ich halte das tatsächlich für gravierend, zumal aus der Sicht der Kirche. Diese Gruppe beispielsweise wäre tatsächlich ein positiver Bezugspunkt, der weit weniger gebrochen wäre und weit weniger Anlaß zu selbstkritischer Reflexion gäbe, als die Amtskirche als solche dies muß und hier ja auch demonstriert.

Noch einen letzten Punkt, der auch im Zusammenhang mit dem, was ich

eben sagte, steht: Ehrhart Neubert hat gestern von der protestantischen Revolution 1989 gesprochen. Eine Revolution war es sicher, obwohl man sicher auch darüber streiten kann. Ich behaupte nur, daß es keine protestantische Revolution war, was suggeriert, die Kirche als solche hätte eine aktive, bewußte und entscheidende Rolle dabei gespielt. Ich behaupte, es war keine protestantische Revolution, es sei denn, man faßt den Begriff „protestantisch“ als ganz allgemein kulturhistorischen Begriff auf, der dann natürlich für alle gilt, auch für Nichtchristen in dieser Gesellschaft. So war er aber, glaube ich, nicht gemeint. Ich glaube, es war eine Revolution gegen den SED-Staat, in die die Kirche eher unwillig verwickelt war. Es ist der Kirche nur passiert. Danke.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Danke. Martin Böttger, der Name ist ja schon gefallen, war langjähriges Mitglied der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ und vorher auch schon in allen möglichen oppositionellen Gruppen im Berliner Raum tätig. Er ist jemand, der – soweit mir das in Erinnerung ist – ausgesprochen früh mit dieser Arbeit angefangen hat, und das zu einer Zeit, als es nur sehr wenige von denen gab, die eine bemerkenswerte Kontinuität an oppositionellem Handeln in der DDR aufzuweisen hatten. Diese lange Zeit hat unterschiedlichste Erfahrungen vermittelt, besonders wenn man erleben muß, daß man an Solidarität nur sehr wenig spürt.

Dr. Martin Böttger, MdL: Wenn ich meine Position innerhalb von Gruppen und innerhalb der Kirche beschreiben soll, könnte ich am einfachsten sagen: Ich stand breitbeinig, aber nicht im Spagat. Ich stand mit einem Bein in Gruppen, in zeitlicher Abfolge auch in verschiedenen, mit dem anderen in meiner Kirchengemeinde, in meiner Ortsgemeinde. Das war die Berliner Golgathagemeinde. Der Gemeindebezug war territorial, also auf den Bereich dieser Ortsgemeinde ausgerichtet, der Bezug auf Gruppen überregional, zumindest auf das Ostberliner Gebiet, aber auch auf den Süden, also auf Sachsen bezogen. Der Gemeindebezug war familienorientiert. Es war also meine Generation, die Generation der Leute mit kleinen Kindern, die auch ihre Kinder in den Familiengottesdienst mitbrachten, in die Gemeindenachmittage, die sehr vieles zusammen machten, sich auch auf dieser Ortsebene mit Problemen der Kommune auseinandersetzten. Die Gruppen waren sehr stark von Aktivisten getragen, von Leuten, die sich öffentlich äußerten, die sich politisch verstanden. Es waren politische Gruppen. Öffentlich geäußert hat sich der Gemeindebezug auch insofern, daß die Gottesdienste öffentlich waren, und wir in Golgatha jeden Monat einen Friedensgottesdienst oder ein Friedensgebet hatten. Das wurde vorbereitet und gestaltet hauptsächlich von Gemeindegliedern, mit Pfarrer Hilsberg im wesentlichen, dem Vater des jetzigen Bundestagsabgeordneten Hilsberg. Diese Gruppe hat mit ihren zur Verfügung stehenden Mitteln Friedensarbeit geleistet. Es war mir klar, daß nicht alle politische Oppositionsarbeit in dieser Gemeinde geleistet

werden konnte. Deswegen habe ich mich dann auch sehr gefreut und habe das unterstützt, daß die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ gegründet wurde als ausdrücklich außerkirchliche Oppositionsgruppe. Das fand ich auch ehrlicher und fairer, weil die Kirche in vielen Bereichen von den Anliegen außerkirchlicher Oppositionsgruppen überfordert war. Es gab aber auch Überschneidungen zwischen diesen beiden Bereichen – ich sagte ja breitbeinig, aber nicht im Spagat –, z. B. in Konfliktsituationen. Ich wurde im September 1983 nach einem Friedensgebet verhaftet. Aber das war nicht im Zusammenhang mit den Friedensgebeten meiner Gemeinde, sondern mit einer politischen Aktion, einer Menschenkette zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Botschaft. Also eine eindeutig außerkirchliche Aktion führte zu meiner Verhaftung. Begleitet wurde ich aber auch von meiner Gemeinde. Sie nahm mich in die Fürbitte auf. Sie betreute meine Familie. Sie stellte Kontakte für das ganz normale Leben her, für meine Frau, meine Kinder. Begleitet wurde ich aber auch von außerkirchlichen Gruppen. Und diese Begleitung sah dann so aus, daß die Presse informiert wurde, Kontakte zu westlichen Politikern gesucht wurden, daß Solidarität angestoßen wurde und die Grünen sowie die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und auch der regierende Bürgermeister damals informiert wurden. Das hat dazu geführt, daß Richard von Weizsäcker, damals noch regierender Bürgermeister von Westberlin, meine Freilassung im September erwirkte. Es gab also, würde ich sagen, ein etwas arbeitsteiliges Wirken dieser beiden Bezüge, der kirchlichen und der außerkirchlichen. Die Kontakte zur Kirchenleitung selbst waren viel spannungsreicher. Das wurde aber heute schon mehrfach gesagt. Deswegen habe ich mich auch nicht so wohl gefühlt im Vertrauen zu Kirchenleitungen, daß sie die Notbremse zog oder die Feuerwehr spielte, wie Curt Stauss es ja vorhin sagte. Feuerwehrationen kamen auch eher von Gruppen. Das war auch bei meiner Verhaftung so. Manfred Stolpe behauptet zwar, mich herausgeboxt zu haben, aber ich glaube doch, daß es die Gruppen waren, nicht die Kirchenleitung. Das ist noch nicht so restlos aufgearbeitet. Feuerwehrationen gab es auch von Gruppen, die konspirativ gearbeitet haben. Damals – 1983 war die IFM noch nicht gegründet – gehörte ich auch einer konspirativen Gruppe an, die nach außen überhaupt nicht in Erscheinung trat, jedenfalls nicht mit Namen. Die Mitglieder der Gruppe waren nicht allgemein bekannt. Aber sie haben z. B. ganz schnell organisiert, daß meine Wohnung leergeräumt wurde, und waren schneller als die Staatssicherheit. Bevor die Staatssicherheit meine Wohnung durchsuchte, auch in einer konspirativen Haussuchung, hatte bereits meine konspirative Gruppe die Wohnung leergeräumt und damit der Stasi nicht so viel Material überlassen. Diese Feuerwehration der Gruppe war sicher wichtig, aber ich habe mich dann später doch von dieser konspirativen Gruppe gelöst, sie ist auch mehr oder weniger zerfallen, weil ich zu der Meinung kam, das hat auch die Entwicklung gezeigt, daß nur ein öffentlich wirksames Arbeiten sinnvoll ist, also nicht anonym, sondern mit Namen, ein

Arbeiten in der Öffentlichkeit und dadurch auch im Schutz der Öffentlichkeit. Vielleicht wäre noch zu sagen, daß die Feuerwehractionen von Kirchen und Gruppen auch später im Wettbewerb miteinander standen. Das hat sich z. B. in der sogenannten Schlacht um Zion gezeigt. Das war im November 1987. Da hat die Kirche natürlich versucht, Schadensbegrenzung zu leisten. Aber ehe sich die Verhandlungsführer an den Tisch gesetzt hatten, haben wir gehandelt. Wir haben sofort eine Mahnwache vor der Zionskirche organisiert, und es wurden Transparente an die Kirche gehängt. Ich glaube, auch in dem Falle waren die Gruppen, die eher außerhalb der Kirche standen, aber doch noch unter ihrem Weidendach, schneller und haben mit ihren Aktionen die Freilassung der Inhaftierten erwirkt. Das hat es an verschiedenen Stellen gegeben, einen gewissen Wettbewerb zwischen Kirche und den Gruppen, wer politisch wirksamer ist, wer Veränderungen bewirken kann, wer den Staat zu etwas zwingen, ihn zumindest zum Einlenken bewegen kann. Das war manchmal auch die Kirche. Das waren aber dann in den späten achtziger Jahren mehr und mehr die Gruppen, weil sie weniger Rücksicht nehmen mußten. Sie waren zwar keine akzeptierten Verhandlungspartner, das hätte es nicht gegeben, aber sie waren eine gewichtige Größe. Die Kraft, die manchmal von den Gruppen ausgegangen ist, also auch diese großen Mahnwachen und Friedensgebete im Februar 1988, hat den Staat, denke ich, oftmals mehr beeindruckt als die Verhandlungsführer der kirchlichen Seite.

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Vielen Dank. Herr Pfarrer Hilse ist langjähriger Gemeindepfarrer einer Gemeinde in Ostberlin, in Berlin-Treptow. In Ihrer Gemeinde haben sich sehr viele Aktivitäten abgespielt, die Sie keineswegs nur von außen gesehen haben, sondern an denen Sie selbst teilgenommen haben und als Motor gewirkt haben. Man ist als Gemeindepfarrer in einer besonderen Situation. Man ist einerseits nicht Kirchenleitung, hat das also so unmittelbar dem Staat gegenüber nicht zu vertreten, andererseits doch Teil der offiziellen Kirche. Man wird identifiziert mit der Gemeinde als solche, ist also ein Bindeglied. Gestern wurde von der pluralen Verfassung der Kirche gesprochen. Als Gemeindepfarrer hatte man diese Pluralität in der einzelnen Gemeinde sozusagen zu garantieren. Das hat zu besonderen Spannungsverhältnissen geführt, die ja vor dem Hintergrund der Situation, die wir in der DDR hatten, ausgesprochen interessante Ergebnisse hatte. Wie haben Sie das erlebt?

Pfarrer Werner Hilse: Gemeindepfarrer bin ich in Berlin-Treptow. Die Beobachtung oder Bearbeitung, wie man im Stasi-Jargon sagte, fand einen Höhepunkt, als die sogenannten „Üse“, wie sie im offiziellen Sprachgebrauch des Staatssicherheitsdienstes hießen, nämlich die Übersiedlungersuchenden, in die Treptower Kirche kamen. Das war eigentlich die Tabuarbeit in der DDR. Von den Beziehungsängsten zu den Gruppen ist gesprochen worden. Die Kontakte, die wir versucht haben, scheiterten immer daran, daß gesagt wurde:

„Ihr habt keine Legitimation mehr, etwas beizutragen oder für die Situation in der DDR zu sprechen“, vielleicht war es aber auch ein Stückchen Angst, was deutlich wurde – eine doppelte Gefährdung. Im übrigen, mit der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ haben wir es mehrmals versucht. Die haben uns immer im Regen stehen lassen, obwohl Werner Fischer mehrmals gesagt hatte, daß er sich an Aktionen beteiligen würde. Aber er erschien dann eigentlich nie. Es gab also keine Zusammenarbeit. Es gab zwei Formen der Arbeit in Treptow. Die eine Form war die, die kirchlicherseits noch zugestanden wurde, das war die sogenannte Seelsorge. Es sollte Einzelseelsorge sein. Das war nicht möglich. Wir haben eine Gruppenseelsorge gehabt, das heißt, es gab eine Seelsorgegruppe. Ziel dieser Gruppe war die Stabilisierung der Menschen, um das Zerbrechen zu verhindern, und auch ein Stückchen Training, wie man sich bei Gesprächen mit dem Staatssicherheitsdienst und der Abteilung Inneres zu verhalten habe. Die Kirche hat diese Arbeit bejaht. Der Staat hat es mir sehr übelgenommen, daß ich solche Menschen stabilisiere. Die zweite Form der Arbeit war unser Arbeitskreis für thematische Gottesdienste. Das war der Punkt, wo man aus dem privaten Begehren der Ausreise in die Öffentlichkeit trat. An dem Punkt gab es auch mit der Kirche Probleme, denn an dieser Stelle versuchten die Leute, die einen genehmigten Ausreiseantrag hatten, auf Anregung noch einen konstruktiven Beitrag zur Veränderung zu leisten, solange sie noch in der DDR waren. Wir haben versucht, ein Netzwerk aufzubauen, das heißt, DDR-weit zu koppeln: Welche Probleme gibt es in Rostock, Görlitz, Halle, Saalfeld, Weimar, Leipzig? Das ist sehr schnell unterbunden worden. Man hat auf den Autobahnen direkt Jagd auf die Leute gemacht und sie inhaftiert. Es gibt da bewegende Protokolle. Sie sind an die Kirchenleitung gegangen. Ich weiß nicht, was inzwischen damit geschehen ist. Es hat aber auch in diesem Arbeitskreis, den ich geführt habe, drei Verhaftungen gegeben. Die Leute haben dann auch gesessen, und seltsamerweise oder bezeichnenderweise, wie Sie wollen, wurde von kirchlicher Seite die staatliche Lesung übernommen, daß es gegen die Personen und nicht gegen den Arbeitskreis gerichtet war. Ich bin bis heute der Meinung, daß es wahrscheinlich zu den Disziplinierungsmaßnahmen gehörte, die gegen mich gerichtet waren, und daß diese Leute stellvertretend für mich gesessen haben. Es gab, um nur einmal die Stimmung zu kennzeichnen, so etwas ähnliches wie eine Ausreisehymne – ein Kirchenlied, das säkularisiert wurde, dieses Lied „Herr wir stehen Hand in Hand, wandere nach dem Vaterland“.

(Heiterkeit)

Das war ungefähr diese Gruppe. Dann gab es noch eine andere Gruppe in der Treptower Gemeinde. Das war die homosexuelle Selbsthilfegruppe, seit 1980 stark emanzipatorisch, die wir auch gegen oder ohne Zustimmung der Kirchenleitung hatten. Später sind wir zu einer Gemeinde gemacht worden, die an dieser Stelle ein Stückchen experimentieren durfte. Die dritte Form

der Arbeit, die ausschließlich Ost und West betraf, hing mit meiner anderen Funktion zusammen. Ich war lange Zeit Geschäftsführer der Männerarbeit des Bundes. Da wurden Seminare durchgeführt, um die Klammer zwischen Ost und West zu halten. Und da haben Westbesucher hautnah erlebt, wie man beschattet wird, mit Nachgehen usw. Wie würde ich die Sache jetzt beurteilen? Die Beurteilung von seiten des Staatssicherheitsdienstes war klar. Ich wurde als Feind der DDR eingestuft. In kirchlichen Kreisen kam es zu der Verdächtigung: „Der Hilse will auch nur in den Westen, deswegen macht er die Arbeit.“ Es war sehr schwierig zu sagen: Es geht um die Motivation, es geht um Menschen, es geht um ihre Unantastbarkeit, ihre Würde und ihre Freiheit. Daß dieses als Arbeits- und als Handlungsmotiv zugestanden wurde, war sehr schwierig. Bis auf ein ganz konkretes Verbot einer größeren Veranstaltung und Ablehnung jeglichen Rechtsbestandes – übrigens zwei Tage vor Durchführung dieser Veranstaltung, die dann doch stattgefunden hat – gab es sonst kein direktes Eingreifen und keine direkten Verbote der Kirche. Es wurde alles, was diese Arbeit betraf, auf die Verantwortung des Gemeindegemeinderates delegiert. Wie ich aus meinen Stasi-Akten indessen mitbekommen habe, wurde auf diese Art und Weise versucht, dem Hilse ein bißchen den Boden zu entziehen. Wenn sich keine Mehrheit mehr für ihn im Gemeindegemeinderat findet, dann können wir eingreifen, eher nicht. Es ist nicht dazu gekommen. Ich sage jetzt schade, es hätte mich interessiert, was passiert wäre, wenn ich dennoch weitergemacht hätte. Es gab ein zweites konkretes Verbot an dieser Stelle. In Treptow sind sehr viele illegale Zeitungen gedruckt worden, unter anderem „Die Arche“ oder „Kontext“, auch die Geschichte mit „Pflugbeil“ ist bei uns gemacht worden. Das war möglich, weil ich als Geschäftsführer des Bundes über die technischen Möglichkeiten verfügte. Dann wurde mir vom Sekretär des Bundes untersagt, diese technischen Möglichkeiten zu nutzen, um weiterhin Gruppenarbeit zu fördern und zu unterstützen. Es wurde aber trotzdem weitergemacht, davon abgesehen. Ziel, auch im Gemeindegemeinderat, war eigentlich, eine sogenannte Zensur einzuführen, das heißt, daß wir es bei den Veranstaltungen, die wir planten, so wie die Friedenswerkstatt machen, also die Texte vorher vorlegen sollten. Das haben wir nicht mitgemacht, das haben wir strikt abgelehnt. Sehr großen Ärger erregte bei den Kritikern immer wieder, daß in unseren Veranstaltungen ein großer Raum zu sogenannten spontanen Fürbitten gelassen wurde, weil die Angst vorhanden war, es könnte einer aufstehen und im Blick auf unsere Regierung sagen: „Herr, erlöse uns von diesem Übel.“

(Heiterkeit)

Es wurde auch gefragt, wie die Einstellung zum Kirchenvolk war. Was das Kirchenvolk betrifft, muß ich sagen, daß es sich sehr bald, als die Gruppen auftauchten und die Gemeinde überfremdeten – es ist in den Protokollen immer von Kirchenbesetzungen die Rede –, zurückzog. Das

war auch genau der Ansatzpunkt, um Differenzierungen in der Gemeinde durch die IM herbeizuführen und über die Kirchenleitung zu versuchen, den Hilse in der Gemeinde zu isolieren und ihm damit das Hinterland zu entziehen. Nach dieser ganzen Gruppenarbeit – nach 1989 – kam die normale Gemeinde wieder zum Vorschein und es geschah das, was schon gesagt wurde: Es wurde bei der Arbeit angeknüpft, als ob nichts passiert wäre. Auch jetzt, wo wir ein Stückchen Aufarbeitung der Vergangenheit versucht haben und einen Gesprächszyklus mit Stasi-Offizieren und unserem Bezirksbürgermeister hatten, ist dieser öffentliche Gesprächsgang abgelehnt worden – keine Öffentlichkeit. Sie ist auch an dieser Stelle wieder abgelehnt worden. (Zwischenruf: Von wem?) Von Gemeindegliedern. Es ist auch da wieder zu so einem Stückchen Diffamierung gekommen, indem gesagt wurde: Jetzt bastelt er noch an seinem Heiligenschein. Was ich vielleicht noch bemerken möchte, ist dieses, daß es bei den Verhaftungen keinen Einsatz zur Freilassung gegeben hat. Es wurde den Angehörigen gesagt: Wenn sie in die DDR entlassen werden, wollen wir uns einsetzen. Aber das war bei Antragstellern ja nicht der Fall. Das hat uns sehr belastet und sehr enttäuscht. Was die Frage mit „Einheit Deutschland“ betrifft, da kann ich eigentlich nur darauf hinweisen, daß wir drei Tage nach der Grenzöffnung im November 1989 eine Veranstaltung hatten über „Einheit Deutschland“, wo alle anwesenden Journalisten wie auch Gruppenvertreter sich einig waren: Auf keinen Fall die Einheit, obwohl sie schon längst vollzogen war in diesem Augenblick. Danke schön.

(Beifall)

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Ja, Propst Heino Falcke, auf Sie ist schon hingewiesen worden als einer der wichtigen Motoren des konziliaren Prozesses, aber Ihre Aktivitäten beginnen weit früher, sie beginnen bereits in den siebziger Jahren. Sie reichen auch zurück in die achtziger Jahre und hängen mit dem Versuch zusammen, den Sozialismus auszutesten auf seine Reformierbarkeit hin – „veränderlicher Sozialismus“, „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Sie haben den Weg der Gruppen solidarisch begleitet. Sie haben ihn versucht anzustoßen. Herr Hilse hat eben ein wenig das Bedauern darüber anklingen lassen, daß die Gruppen sich gelöst haben, obwohl sie ein integraler Bestandteil doch der Gemeindegarbeit waren. Herr Weißhuhn meinte, es sei der Kirche passiert, was an Oppositionsbewegung innerhalb der Kirche stattgefunden habe. Sehen Sie das ähnlich?

Propst D. Heino Falcke: Ich kann daran unmittelbar anknüpfen, Herr Hilsberg. Ich möchte vielleicht drei Punkte benennen. Mein erster Punkt ist genau, die Spannung zwischen den gesellschaftlich engagierten Gruppen und der Kirche in ihrer Intensität und Unauflöslichkeit noch einmal deutlich zu machen. Es ist ja schon gesagt worden: Das Neue dieser Gruppen war, daß sie nicht aus der Kirche, etwa aus ihren missionarischen Bemühungen

in die Gesellschaft hineinzuwirken, hervorgegangen sind, sondern daß sie gesellschaftlich verursachte Gruppen waren, die auf die Kirche zugekommen sind. Sie waren Indikatoren und Seismographen der inneren Widersprüche und der Krise der Industriegesellschaft, aber auch der bestimmten Konturen und Widersprüche der DDR-Gesellschaft. Sie kamen als schon organisierte Gruppen an die Kirche heran. Sie hatten meist schon ihre eigene Leitung und waren schwer in die traditionellen Formen von Kirche integrierbar. Gleichwohl ging der Anspruch dieser von außen kommenden Gruppen ins Zentrum des Zeugnisses der Kirche. Ehrhart Neubert hat schon in den achtziger Jahren deutlich gemacht, daß hinter den Gruppenzielen „Frieden, Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung“ religiöse Motivationen stehen oder daß diese politischen Ziele religiöse Implikationen haben, Heilshoffnungen politisch formulieren. Man kann es an den Papieren der Gruppen nachweisen, daß sie die Kirche auch im einzelnen buchstäblich beim Wort nahmen. Curt Stauss hat diesen Vorgang in Meiningen erwähnt. Bei diesem Friedenstag in Meiningen – es war übrigens 1984 im September – hat Michael Beletes mit einer kleinen Gruppe einen Text gemacht, der im wesentlichen aus Zitaten von Synodenbeschlüssen des Bundes bestand, also Eintreten für gemeinsame Sicherheit, Eintreten für das Konzept des Gradualismus, es wäre noch fortzusetzen. Dasselbe gilt natürlich für die Umweltgruppen, das muß ich korrigierend zu Frau Schmall sagen, die leider nicht mehr da ist. Die Umweltproblematik ist Anfang der siebziger Jahre ganz deutlich in den Kirchen des Bundes, in Evangelischen Akademien und natürlich dann in den Gruppen thematisiert worden. Die Berichte des „Club of Rome“ haben da sehr gewirkt, und 1974 hatten wir die erste ökumenische Konferenz über diese Fragen. Das hat sehr zurückgewirkt in die DDR. Also auch hier, auch in der Umweltfrage konnten die Gruppen die Kirche beim Wort nehmen. Dasselbe gilt natürlich für die Gerechtigkeitsfragen, wo das Eintreten gerade für die Unterdrückten und Schwachen ein Kernanliegen war. Es ist nun etwa an dem Vorgang in Meiningen zu beobachten, daß vorher eine Krisensitzung im Landeskirchenrat stattfand. Diese Aktion, dieses Wort nun öffentlich zu verlesen, und zwar parallel mit dem Friedenstreffen in Fulda, wurde unterbunden. Es wurde die Verlesung, nicht nur der Besuch aus Fulda bei uns, sondern die Verlesung dieses Grußwortes untersagt. Es wurde mit einer Sperrfrist versehen und durfte erst nach Wochen, als der zeitliche Zusammenhang mit dieser Aktion nicht mehr erkennbar war, publiziert werden. Die Kirche wurde beim Wort genommen, aber dieses Wort der Kirche wurde in die Konfliktzonen der Gesellschaft hineingetragen, und es wurde so etwas wie eine Konfliktinszenierung versucht, um die Öffentlichkeit herzustellen und Veränderungsimpulse auszulösen. Es gibt dann noch ein zweites Beispiel dafür, das im Juni 1989 liegt, als die Demonstrationen gegen den Wahlbetrug erfolgten und die Konferenz der Kirchenleitungen zwar deutlich an die staatlichen Adressen gesagt hat: „Nun deckt diesen Betrug

auf“, aber sich gleichzeitig warnend äußerte per Adresse der Gruppen: keine übertriebenen Aktionen und Demonstrationen. Das war das Spannungsfeld. Von seiten der Kirchenleitungen gab es diesbez

glich durchaus unterschiedliche Haltungen. Es gab ganz sicher die Strategie der Konfliktvermeidung, aber es gab auch die Sicht, die Gründe für sich geltend machen konnte: In der Situation der DDR ist alle Veränderungsstrategie letztlich nur wirksam, wenn wir die SED verändern können; und dann war die Veränderungsstrategie der Kirchenleitung: Gesprächskontakte mit den Regierungen, Veränderung von oben nach unten. Das Wort, das immer wieder gebraucht wurde: „Die Kirche ist keine politische Opposition“, empfinde ich – empfand ich schon damals – als überaus vielschichtig. Das ist eine allgemeine Wahrheit, die natürlich stimmt. Die Kirche ist keine politische Oppositionsbewegung. Ich habe hier in Erfurt bei einer Veranstaltung nach der ersten Ökumenischen Versammlung, wo ich danach gefragt wurde, ob die Kirche nun Opposition werden will, geantwortet: Die Kirche kann nicht Opposition sein. Das würde bedeuten, sie müßte die politische Macht anstreben. Aber sie kann sehr wohl, und das gehört zu ihrem Auftrag, in konkreten Situationen Opposition machen. Da sah ich durchaus einen Auftrag der Kirche, der aber in der Kirche keine Mehrheit fand. Soviel zum ersten Punkt.

Mein zweiter Punkt zu Rudi Pahnke: „Die Spaltung der Kirche im Verhältnis zu den Gruppen“. Er hat von einer Spaltung der Kirche gesprochen, und Bruder Stauss hat davon gesprochen, daß die Gruppen sich an die Kirche gewandt haben, weil sie Erfahrung im Umgang mit Gruppen hat. Ich sehe das nicht ganz so optimistisch. Die Kirche hatte mit dieser Art Gruppen, mit denen wir es hier zu tun hatten, keine Erfahrung. Sie hat ihren Umgang mit Gruppen doch weithin integralistisch strukturiert. Auch die landeskirchliche Gemeinschaft war eine in die Kirche integrierte Struktur. Der Versuch, die Gruppen in die Kirche zu integrieren, der auch durch ein Papier der berlin-brandenburgischen Kirchenleitung gemacht wurde, die Gruppen an die Gemeindekirchenräte anzubinden, an diese Leitungsstrukturen der Kirche anzubinden, hatte als Gegenpol die Ausgrenzung der Gruppen. Inzwischen wissen wir auch, daß die Stasi eine ähnliche Strategie verfolgte, entweder Theologisierung der Gruppen, also deren Integration und Disziplinierung durch die Kirche oder Ausgrenzung. Gysi hat das auch einmal sehr bündig gesagt: „Entweder ihr nehmt die an die Leine oder ihr laßt sie los.“ (Zwischenruf: Gysi senior.) Ja, natürlich. Die Kirche hatte Schwierigkeiten mit dem innerkirchlichen Pluralismus. Hier, Angelika Schön, würde ich auch mit Dir sagen: Hier hat die Kirche Lernbedarf. Die Struktur und Organisation der Kirche ist sozusagen monozentrisch. Von einer Mitte aus wird das kirchliche Leben organisiert und auch die kirchliche Identität besorgt. Wir standen vor der Herausforderung, ein Kirchenmodell zu entwickeln, das plurizentrisch ist, das nicht mehr hierarchisch und von einem Zentrum aus integrierbar ist, sondern nur noch synodal oder – wie wir, belehrt von der ökumenischen Bewegung, gern gesagt haben – konziliar zusammenzuhalten ist. Der bemerkenswerteste Versuch in dieser Richtung war die Ökumenische Versammlung. Dies war ein Modell von Kircheneinheit, das neu war. Es umfaßte die Gruppen, es umfaßte wirklich die Basis, die verfaßten Kirchen und die ökumenische Gemeinschaft der Kirchen. Die

ökumenische Bewegung fing an mit einer großen Basisbefragung, mit einem Aufruf. Die Thematik der ökumenischen Bewegung wurde mitbestimmt durch Gemeindegruppen, Gruppen, einzelne aus der Basis, die berühmten 11.000 bis 12.000 Zuschriften, die da kamen, und auch durch den Ansatz der Gruppen, ausgehend nämlich von der Betroffenheit. Die gesellschaftliche Realität wurde in der Ökumenischen Versammlung aufgenommen, wir hatten einen kontextuellen Ansatz, wir begannen mit den berühmten Zeugnissen der Betroffenheit. Das löste dann den größten Widerstand beim Staat aus. Die Kirchenpresse, die darüber berichtete, Gottfried Müller, der frühere Redakteur von „Glaube und Heimat“ ist anwesend, wurde verboten. Gegen mich wurde hier eine Kampagne vom SED-Chef des Bezirkes Erfurt ausgelöst, die bis in die Einwohnerversammlungen ging und die mich als Staatsfeind bezeichnete. Es war äußerste Konfrontation. Aber worum es mir in diesem Zusammenhang geht, ist: Es war ein neuer, ein konziliarer Versuch, Gruppen und Kirche zusammenzubinden. Und in der Richtung, finde ich, sollte es auch weitergehen.

Mein dritter Punkt ist „Die Funktion der Gruppen in der Gesellschaft“. Das ist innerhalb der Gruppen auch sehr umstritten gewesen: Basisdemokratische Opposition oder wirklich Veränderung der Gesellschaft durch Aufbau politischer Strukturen, oppositioneller Strukturen? Durch die Gorbatschow-Politik, die Perestroika-Politik seit 1985, bekam die gesellschaftliche Funktion der Gruppen einen enormen Schub. Es wurde zum ersten Mal auch realpolitisch erhoffbar, daß so etwas wie eine Veränderung des Sozialismus wirklich möglich sei, zugleich aber wuchs das Konfliktpotential durch die Verhärtung des DDR-Sozialismus gegen jede Perestroika. Es gab basisdemokratische Hemmungen und Blockaden in den Gruppen, sich wirklich als politisch relevante Opposition in der DDR zu formieren. Einige Gruppenvertreter haben dann die Parteien gegründet – 1989. Es gab eine sehr wichtige Konsultation der Gruppen im Juni 1989 bei der Studienabteilung des Bundes. Dort wurde zum ersten Mal durch Bärbel Boley, Edelbert Richter und andere deutlich artikuliert, daß jetzt die Gruppen aus der Kirche herausgehen müssen, um sich im politischen Raum politisch zu formieren. Es kam dann das Neue Forum, es kam der Demokratische Aufbruch, es kam Demokratie Jetzt. Dies geschah in den Gruppen, die so etwas wie ein Keim einer pluralistischen Zivilgesellschaft in der DDR waren. Diese Parteigründungen lagen in den Gruppen, aber es gab auch deutliche basisdemokratische Blockaden und Hemmungen dagegen, Spontaneität, die sich nicht institutionalisieren wollte usw. Soviel zu meinen drei Punkten.

(Beifall)

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Herr Bischof Dr. Demke, Sie sind Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, waren es vor 1989, sind es immer noch. Sie haben Ihr Amt zu einer Zeit bekleidet, als die Gruppen kulminiert sind.

Propst Falcke hat davon gesprochen, daß die Kirche Schwierigkeiten mit ihrem Pluralismus hatte. Er hat auch davon gesprochen, daß die Gruppen eigentlich einen politischen Ansatz hatten. Sie haben in einer besonderen Konfliktlinie an einer besonderen Stelle gestanden. Wenn ich es einmal provokant ausdrücken darf: Sind Sie sich manchmal ungerecht geprügelt vorgekommen?

Bischof Dr. Christoph Demke: Daß es eine Fülle von Mißverständnissen gegeben hat, die schmerzlich von mir erlebt worden sind, ist richtig. Ungerecht geprügelt wird man in jedem Leitungsamt, das ist in jeder Situation so, und das hat mit der DDR nichts zu tun. Das hängt mit der Leitung, den Verantwortungen und damit, Entscheidungen im Blick auf andere Menschen treffen zu müssen, zusammen. Die Kirchenleitungen sind in dieser ganzen Frage des Umgangs, des Sich-Verhaltens zu den Gruppen nicht einheitlich gewesen. Sowohl innerhalb der Leitungen der verschiedenen Gliedkirchen des Bundes als auch innerhalb der einzelnen Kirchleitungen, z. B. der in Magdeburg, der auch Propst Falcke angehörte, gab es Unterschiede. Insofern würde ich sagen: Pluralismus gibt es in der Kirche eine ganze Menge. Es ist schwer, und es ist auch heute noch schwer, und ich habe den Eindruck, auch in der alten Bundesrepublik ist es für die Kirchen schwer, das Phänomen des Pluralismus wirklich zu akzeptieren. Das besondere dieser Gruppen, denke ich, war nicht einfach nur der Pluralismus, sondern es war dieses basisdemokratische Moment, mit dem die Kirchenleitungen oder ich, wir, nicht zurechtkamen. Wie verhält sich das Moment der Spontanität zu den gegebenen Strukturen? Da hatten wir Schwierigkeiten wie andere große Organisationen auch. Ich habe mir überlegt, was ich nun sagen soll. Die Kirchenleitungen haben sich unterschiedlich verhalten, sie waren sehr unterschiedlich betroffen. Berlin-Brandenburg mit dem Wasserkopf Berlin z. B. am allermeisten, Görlitz oder Greifswald hatten weniger damit zu tun, Mecklenburg auch, Schwerpunkte waren dann wieder Thüringen und Sachsen, die Kirchenprovinz. Sie waren unterschiedlich betroffen, sie haben sich auch unterschiedlich verhalten. Ich denke, es gibt aber doch Fragestellungen, die alle Kirchenleitungen in gleicher Weise beschäftigt haben, auch wenn sie unterschiedlich darauf geantwortet haben. Deswegen, dachte ich, ist es vielleicht das beste, ich nenne solche Fragestellungen, die uns beschäftigt haben. Da wäre als erster Komplex, als erstes Spannungsfeld, die Frage nach der kirchlichen bzw. christlichen Identität. Die hat eine Rolle gespielt, und zwar anfänglich, als das alles noch nicht so gespannt war, in einer doppelten Richtung: Nicht nur als Kontrollfrage der Kirchenleitungen, sondern, wie schon erläutert, als Anfrage vieler Gruppen an die Kirche. Das ist durchaus von den Kirchenleitungen, soweit ich das beurteilen kann und soweit sich das in den Papieren niederschlägt, auch so erlebt worden. Das sind eigentlich unsere Aufgaben, und wir werden gefragt: Wenn ihr Kirche für andere sein wollt, dann muß das, was wir in dieser oder jener Gruppe so engagiert zu

unserer Sache gemacht haben, doch eure, der gesamten Kirche Sache sein, wenn ihr euch denn „Kirche“ nennt. Oder seid ihr gar nicht mehr Kirche? Die Identitätsfrage in dieser Richtung war eine Frage, die man sich nicht immer so leicht gefallen läßt. In der anderen Richtung hat sie sich mehr aufgefächert. Da würde ich folgende Facetten nennen:

1. Was sind denn das für Gruppen, wie sind die zusammengesetzt, und wie sind die entstanden? Ist das, was in diesen Gruppen geschieht, eigentlich Kirche? Kommen da nicht Leute von ganz außen, die die Kirche instrumentalisieren wollen? Die Identitätsfrage ist hier aufgehängt an der Frage nach Zusammensetzung und Herkunft der Gruppen.
2. Ein weiterer Aspekt unter der Identitätsfrage war die Frage nach dem Lebens- und Arbeitsstil der Gruppen, insbesondere bei den sozialdiakonischen Gruppen. Eine Frage, die insbesondere von den Gemeindeleitungen immer gestellt wurde: Kann man sich so benehmen, wie die sich benehmen, wenn das doch eine kirchliche Gemeindegruppe sein soll?

Eine weitere Facette für die Identitätsfrage ist dann die Frage nach der Thematik: Ist das Anliegen, das, wofür die sich engagieren, wirklich ein kirchliches Thema? Das ging eigentlich bei allen gesamtgesellschaftlich orientierten kritischen Fragen, wie die Frage nach Umwelt, Gerechtigkeit, Frieden – bei der Frage der Menschenrechte wurde es schon ein bißchen wackliger – klar. Bei den emanzipatorischen Gruppen Lesben, Schwulen waren die Identitätsfragen, ob das eigentlich ein Thema ist, das die Kirche angeht, schneller vorhanden. Bei den generell gesellschaftskritischen Themen stellte sich nicht die Frage: Ist das ein Thema, sondern: Wie weit, in welcher politischen Konkretion darf das eigentlich ein Thema in der Kirche sein? Wenn das so konkret politisch betrieben wird, wie das dort in Gruppen zum Teil betrieben wird, dann überschreitet die Kirche ihr Mandat. Das war zum Beispiel eine Reaktion darauf. Es wurde dann die Frage gestellt, ob das dann noch als kirchliches Leben oder als kirchliche Aktivität gelten kann.

4. Schließlich zur Identitätsfrage noch die Facette der formellen Legitimation. Wer spricht denn nun für die Kirche, wer kann erwarten oder gar in Anspruch nehmen, daß andere Glieder der Kirche diese Aussagen und dieses Verhalten mittragen und sich zu eigen machen? Da gab es nicht nur Kirchenleitungen, sondern es gab Synoden, gewählte Gemeindeglieder, es gibt gewählte Körperschaften in der Kirche. Wie verhalten sich die Gruppen zu den gewählten Körperschaften?

Das zweite wäre die Frage „Kirche und Öffentlichkeit“. Da ist einmal die Frage der Vervielfältigungsmöglichkeiten, wo es auch ständig Konflikte gegeben hat. Die Kirchenleitungen mußten den erkämpften Betätigungsraum auf diesem Gebiet verteidigen, denke ich. Das ist alles sehr kompliziert zu erläutern, aber diese Produkte, die da vervielfältigt wurden, hatten alle den schönen

Satz „nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“. Das war sozusagen das Genehmigungsmerkmal. Das wurde aber von den Kirchenleitungen in unterschiedlicher Weise praktiziert. Man sagte: Was die Kirche für ihren Dienst braucht, kann allein die Kirche entscheiden. Insofern heißt erst einmal „für innerkirchlichen Dienstgebrauch“, daß die Kirche darüber entscheidet, was sie für ihren Dienst braucht. Zweitens entscheidet die Kirche auch darüber, wer das alles im Sinne des kirchlichen Dienstes bekommen soll, also keine Festlegung auf Kirchenmitglieder, keine Festlegung auf bestimmte inhaltliche Themen und dergleichen. Dies ließ sich nur halten, indem die Kirchenleitungen gegenüber dem Staat die Auffassung vertraten, daß das, was dort vervielfältigt wird, die Kirchenleitungen als Verantwortungsträger in der Hand haben. An dieser Aussage „die Kirchenleitungen haben das in der Hand“ hing die Verteidigung zu sagen: Wir allein entscheiden, was darüber läuft, und der Staat hat darüber nicht zu befinden. Das ergänzte sich. Zweiter Punkt „Kirche und Öffentlichkeit“ ist der Umgang mit den Medien, und das hieß vor allem oder eigentlich nur: Umgang mit den ausländischen Korrespondenten. Ich habe die Situation so erlebt: Die Kirchenleitungen hatten sich in den Jahren nach der Gründung des Kirchenbundes entschieden zu sagen: „Wir haben uns entschlossen, das Gespräch über die Fragen, die hier nicht nur kritisch besprochen, sondern dann schließlich auch verändert werden müssen, mit dem Staat oder gesellschaftlichen Organisationen direkt zu suchen“, und sie haben deswegen zunehmend darauf verzichtet, westliche Medien als Machtverstärker einzusetzen. Das war eine Entscheidung, die ich jedenfalls so nirgends gelesen habe, aber die ich so kennengelernt habe, als ich in das kirchenleitende Geschäft kam. Manche Gruppen, Mitarbeiter haben zunehmend auch westliche Medien als Mittel für die Gestaltung der Verhältnisse in der DDR einsetzen wollen – hier gab es eine unterschiedliche Auffassung –, und zwar auch, um Gespräche zu erzwingen. Für dieses Verhalten, für dieses Vorgehen sprach die Erfahrung, daß Druck nicht nur Gegendruck erzeugte – das war immer die Sorge der Kirchenleitungen, wenn ich mich richtig erinnere –, sondern daß Nachdruck höhere Bereitschaft erzeugen kann. Von dieser Erfahrung ging man stärker in den Gruppen aus, wobei ich sagen möchte, daß in den Kirchenleitungen, in denen ich mitgewirkt habe, also der provinzialkirchlichen Ebene, der Berliner Bundesebene und der Ebene der EKV, eigentlich deutlich war: Wenn Gruppen oder Gemeindekreise nicht deutlich entschlossen sind, dann können wir als Kirchenleitungsleute soviel mit Staatsvertretern reden, wie wir wollen, es wird nichts nützen, sondern das, was wir reden, bekommt seinen Nachdruck eben durch das, was in den Gemeinden vorhanden ist. Das haben wir ganz genau erlebt. Wenn man etwas ansprach, wo das staatliche Gegenüber sich längst überzeugt hatte, daß in den Gemeinden eigentlich kaum jemand diese Meinung teilte, dann konnte man viel reden. Wenn man aber auf staatlicher Seite das Gefühl hatte, da steckt etwas dahinter, dann achtet man das. Ich erinnere mich, daß ich ein einziges Mal an das Mithören

des Staatssicherheitsdienstes während einer Kirchenleitungssitzung gedacht habe, nämlich als etwas aus den Gemeinden berichtet wurde, was dringend den Widerspruch der Kirche erfordert. Es gab aber keine Resonanz in der Kirchenleitung darauf. Es war nur der Vorsitzende, der etwas hätte sagen können. Man mußte verhandeln, damit es eine Resonanz in der Kirchenleitung gab, damit das mitgehört wurde, damit derjenige, der die Gespräche führte, wenn er dahin ging, etwas zu sagen hatte. Insofern gab es da durchaus ein Empfinden. Ohne solche kritischen Aktivitäten ist das Reden auch ziemlich zwecklos.

Ein dritter Konflikt innerhalb des Spannungsbereiches ist die Verfahrensweise. Ich muß auch sagen, ich habe es auch in einem meiner Kirchenleitungsberichte gesagt, daß ich den Gesichtspunkt der Konfliktszenierung für ein wesentliches Moment halte, wenn man einen Lernprozeß in Gang bringen will. Besonders wichtig war das in der DDR-Gesellschaft, da sie so, wie sie verfaßt war, Streit eigentlich nicht zuließ. Ich habe diesen Gesichtspunkt nicht akzeptiert in der Zeit der DDR und mir eigentlich erst im nachhinein klargemacht, wie wichtig er ist. Dann kommt natürlich auch die Frage, wie er heute zu praktizieren ist. Daß Streit etwas positives, förderliches, klärendes haben soll, ist in den Kirchenleitungen, soweit ich das sehe, nicht akzeptiert worden. Es gab generell eine Tendenz der Streitvermeidung, nicht aus Rücksicht auf den Staat, sondern aus gegenseitiger Rücksichtnahme. Man sagte sich: Kinder, wir haben es doch so schwer, also im Wesentlichen sind wir uns einig, mit diesem oder jenem hätte ich zwar einen ganz kräftigen sachlichen Dissens auszufechten, aber das lassen wir jetzt, wir haben anderes zu tun. Diese Tendenz zur Streitvermeidung, zur gegenseitigen Schonung und deswegen zur Verunklarung von Positionen war in der DDR über die Kirchen weit hinaus bis in die Partei hinein gang und gäbe. Dazu kam noch, daß Kirchen traditionell von ihrer Herkunft mehr auf Zusammenhüten als auf Differenzierung aus sind. Dagegen haben die Gruppen bewußt einen anderen Weg eingeschlagen. Ich muß von mir sagen, daß ich die Bedeutung dieses Weges nicht erkannt habe. Zur Verfahrensweise gehört die Frage: Protestation des Unrechts oder Verwandlung, hoffnungsvolle Verwandlung, hoffnungsvolle Überwindung des Unrechts? Mit dieser Frage hängt das ganze Problem „Einzelfalllösung oder politische Lösung“ zusammen. Für die Kirchenleitungen ist generell, denke ich, zu sagen: Einzelfalllösung. Einzelfalllösung in dem Sinne, daß man sagt: Wir können als Kirchenleitungen nicht geschehenes Unrecht zu politischen Zwecken nutzen, weil wir nämlich dann die Menschen instrumentalisieren. Das bringt dann die Schwierigkeit mit sich, wie man solche Einzellösungen mit der Grundsatzauseinandersetzung koppeln kann, ohne sich gleichzeitig das Brett für die Einzellösung wegzuziehen. In dieser Frage der Einzelfalllösung und der grundsätzlichen politischen Auseinandersetzung war auch ein wichtiges Spannungsfeld zwischen den meisten Gruppen und der Kirche.

Ich möchte als letztes noch sagen: Es gab in den Gruppen mehr politische und Systemanalyse als in den Kirchenleitungen. Ein Defizit der Kirchenleitungen nicht nur in der DDR, sondern überhaupt, ist, daß die politische Situation als solche nicht eigens thematisiert wird, sondern eigentlich jeder der kirchenleitenden Damen und Herren im Hinterkopf irgendeine Meinung von der politischen Lage hat, die nicht richtig deutlich wird. An dieser Stelle habe ich jedenfalls nur erlebt, daß man gegenseitig Vermutungen hatte, der denkt wohl so und jener denkt wohl mehr so, aber eine politische Analyse als solche habe ich in den Kirchenleitungen nicht erlebt. An der Stelle war die Situation so, daß das stärker in den Gruppen betrieben wurde, freilich stärker als Systemanalyse, als die Analyse der konkreten politischen Konstellation, und von da aus haben die Gruppen wahrscheinlich von vornherein die kritische Frage gehabt, ob die Kirchenleitungen mit ihrer Art des Verhaltens in diesem Staat nicht einer falschen, träumerischen politischen Einschätzung auf Veränderbarkeit nachlaufen. Über diese Frage ist es nur am Rande, nach meiner Kenntnis, wirklich zu Gesprächen gekommen.

(Beifall)

Gesprächsleiter Stefan Hilsberg (SPD): Vielen Dank. Jetzt gibt es eine Rückfrage von Angelika Schön.

Angelika Schön: Noch einmal zur Verdeutlichung und dann zwei Rückfragen. Herr Demke, Sie haben gesagt, daß die Kirchenleitungen dem Staat gegenüber immer nur Probleme vertreten wollten, wenn sie auch an der Gemeindebasis aufgeworfen worden waren. Ich kann mich erinnern, daß an so einer Stelle dann einmal ein ganz anderes Problem auftauchte, nämlich 1986 bei „Frieden konkret“ in Stendal. Da haben wir das erste Mal gesagt: Nein, wir benutzen die Kirchenleitungen nicht mehr als Briefträger für unsere Eingaben. Wir können die Eingaben auch selber schicken. Die Adressen dafür bekommen wir auch selber heraus. Darüber waren die Kirchenleitungen überhaupt nicht begeistert. Es ging hauptsächlich darum, daß sie gesagt haben: Ihr begebt euch da auf Glatteis, das ist gefährlich. An einer anderen Stelle waren sie auch noch getroffen, weil wir gesagt haben: Euren Einsatz dafür möchten wir natürlich nicht missen, ihr sollt das dort vorbringen, wo ihr könnt, aber wir können das außerdem auch allein. Das war das eigentliche Problem – ein Jahr später in Leipzig 1987 war das gar kein Problem mehr, da haben wir alles selber gemacht.

Sie haben gesagt, Herr Demke, die Kirche hätte dieselben Probleme mit spontaner Basis zur demokratischen Bewegung wie andere Institutionen oder Großinstitutionen auch. Ich finde, sie dürfte eigentlich nicht die gleichen Probleme damit haben, denn kreatives Infragestellen und Unordnung kommt, zumindestens nach meiner bisherigen Bibelkunde, reihenweise in der Bibel vor. Jesus ist nicht nach Jerusalem gegangen und ist entweder König oder Bettler geworden, sondern er ist in den Tempel gegangen und hat die